

Beabsichtigte Gasförderung der Engie E&P Deutschland GmbH vor der Küste Usedom in den Seebädern Bansin, Ahlbeck und Heringsdorf

Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme des aufzubauenden Bündnisses

Keine Gasförderung auf Usedom – Seeheilbäder statt fragwürdiger Energieträger

Heringsdorf, Ahlbeck, Bansin, . Mai 2017

Trotz einer seit den 90er Jahren wohlbegründet ablehnenden Haltung seitens der Bevölkerung, Unternehmerschaft und Politik¹, verfolgt das Öl-/Gasunternehmen Engie E&P Deutschland GmbH (vormals GDF Suez) weiterhin das Ziel Gas aus einer Gesteinslagerstätte direkt am Küstenstrand Usedom zu fördern². Der Förderzeitrahmen würde ca. 30 – 40 Jahre betragen.

Bei dem zu fördernden Gas handelt es sich um sogenanntes Sauergas, welches u.a. Anteile von Schwefelwasserstoff (H₂S) aufweist. Die Öl- und Gasindustrie verweist darauf, dass Schwefelwasserstoff bereits in Konzentrationen ab etwa 0,015 Prozent sehr giftig ist³. Gemäß den Angaben der Engie E&P GmbH hat das Gas in den Gesteinsschichten unterhalb unserer Seeheilbäder sowie des Küstenmeers einen Schwefelwasserstoffanteil von ca. 0,5 Prozent⁴.

Im Rahmen der erneuten aktuellen Auseinandersetzung mit dem Gasförderprojekt, nehmen die UnterzeichnerInnen dieses Positionspapiers wie folgt Stellung:

Die Gemeinden an der Außenküste der Insel Usedom von Karlshagen bis Heringsdorf sind festgesetzte Tourismusschwerpunkte, eingebettet in einem Verbund aus teilweise ineinandergreifenden Natur-, Landschafts- und Gewässerschutzgebiete. Der Erhalt und Schutz all dieser hochsensiblen Gebiete ermöglicht erst das Angebot der Seeheilbäder und des qualitativ hochwertigen touristischen Erholungsraums, welcher sich auch durch eine von Schadstoffen und Emissionen möglichst unbelastete Umwelt und eine besonders hohe Güte an Luftqualität sowie eine einwandfreie Badewasserqualität auszeichnet.

Das Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (LREP MV) weist den durch Natur-, Landschafts-, Gewässer- und Luftreinhaltungsschutzmaßnahmen eingebetteten Erholungsraum als eine der wichtigsten entwicklungsperspektivischen Wirtschaftsfundamente des Landes aus. Dabei sollen die natur- und kulturräumlichen Potenziale des Landes erhalten und auch durch den Tourismus genutzt werden. Gesundheits- und Naturtourismus sowie Urlaub auf dem Lande sollen gestärkt und weiter erschlossen werden.

Gleichzeitig konkretisiert das Regionale Raumentwicklungsprogramm Vorpommern (RREP

¹ <http://www.berliner-zeitung.de/ein-konzern-will-zwischen-den-ostseebaedern-bansin-und-heringsdorf-erdgas-foerdern--fuer-den-tourismus-auf-usedom-waere-das-eine-katastrophe--die-saegen-an-dem-ast--auf-dem-wir-sitzen--16791822>

² <http://www.engie-ep.de/ueber-uns/unternehmen/aktivitaeten/heringsdorf.html>

³ <https://www.wintershall.com/de/technologie-innovation/produktion/sauergas.html>

⁴ Präsentation Engie E&P GmbH, Erschließung eines Gasfeldes in Heringsdorf – Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung Bürgerversammlung – 26. Januar 2016

Vorpommern) die Vorgaben und stellt klar, dass Planungen, Maßnahmen und Vorhaben die nicht mit den Belangen des Naturschutzes- und der Landschaftspflege vereinbar sind, ausgeschlossen werden müssen. Die Belastung der Luft mit Schadstoffen und Staub soll insbesondere in den Siedlungen vermindert und möglichst gering gehalten werden. Planungen, Maßnahmen, Vorhaben, Funktionen und Nutzungen, die die Wasserqualität und die Durchgängigkeit der Oberflächengewässer als Lebensraum der heimischen Fischfauna beeinträchtigen, müssen vermieden werden. Die Großschutzgebiete und die Tourismusräume sollen insbesondere als Zonen hoher Luftreinheit gesichert werden.

Auch klima- und energiepolitisch gibt es ganz klar formulierte und festgelegte Ziele, die es auch durch die Ostseeheilbäder umzusetzen gilt.

Zum Schutz des Klimas und der Umwelt soll der Ausbau der erneuerbaren Energien dazu beitragen, Treibhausgasemissionen⁵ zu reduzieren. Weitere Reduzierungen sollen insbesondere durch Festlegung von Maßnahmen

- zur Energieeinsparung,
- der Erhöhung der Energieeffizienz,
- der Verringerung verkehrsbedingter Emissionen

in der Regional- und Bauleitplanung sowie anderen kommunalen Planungen erreicht werden.

Der Fokus der antragstellenden GmbH richtet sich selbstverständlich auf die Prospektion des Sauergrundes unter dem Gesichtspunkt der späteren Ausbeutung, alle hier regional aber interessierenden Fragestellungen der Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektive, die unmittelbar mit einem qualitativ hochwertigen Erholungsraum verbunden sind, spielen keine Rolle. Wir als betroffene Region sind hingegen verpflichtet, alle öffentlichen Interessen an der Raumnutzung sachgerecht abzuwägen und dann eine Richtungsentscheidung zu treffen.

Der Einstieg in die Gasförderung an der Küste Usedom würde nicht nur den festgesetzten klima- und energiepolitischen Zielen völlig entgegenstehen sondern ist unserer Rechtsauffassung nach auch unvereinbar mit den anderen vorgenannten und festgelegten raumordnungspolitischen Zielen sowie den Vorgaben, die sich aus den sie stützenden Schutzgesetzen ergeben. Diese zwingenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften schließen die Gasförderung an der Küste Usedom aus. Insofern können und dürfen wir einer Weiterverfolgung dieses Projektes – in welcher Form auch immer – nicht zustimmen.

Abschließend weisen wir daraufhin, dass es in den vergangenen 5 Jahren im Zusammenhang mit Öl-/Gasförderstätten der Engie GmbH (bzw. Gaz de France GmbH) zu mehreren schwerwiegenden Unfällen – teilweise mit Schwerverletzten und Todesfolgen – gekommen ist⁶. Dies verdeutlicht uns, dass zu keiner Zeit eine Havarie – sei es durch technisches oder

⁵⁵ Vorwiegend CO₂ und CH₄ (Methan). Gas besteht überwiegend aus Methan, welches auf 20 Jahre ein 84-87fach und auf 100 Jahre ein 34-36fach höheres Treibhauspotenzial als CO₂ hat.

⁶ <https://bohrplatz.org/bibliothek/stoerfall-liste/>

<http://frackingfreies-auenland.de/stoerfaelle/>

<https://www.nzz.ch/newsticker/zwei-tote-bei-unfall-auf-gas-foerderplattform-1.18099220>

<https://www.noz.de/lokales/geeste/artikel/509001/explosion-in-geeste-fataler-hohepunkt-einer-pannenserie#gallery&0&0&509001>

menschliches Versagen - mit fatalen Folgen für Mensch und Umwelt am Küstenstrand Usedom ausgeschlossen werden kann. Der durch Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz sowie der Einhaltung einer hohen Luftqualität mögliche Tourismus generiert jährlich eine Wertschöpfung in Höhe von mehreren Milliarden Euro. Bei nur einem einzigen Unfall durch die Gasförderung wären Menschen und Umwelt und auch der wichtigste Wirtschaftszweig unmittelbar und erheblich betroffen.

Dieses Risiko können, wollen und dürfen wir nicht tragen!

Interessanter wird die Fallgestaltung durch die aktuellen Ereignisse. Seit dem Wochenende ist offiziell bekannt, dass die Engie E&P International an die Neptune Energy veräußert werden soll. Das britische Unternehmen, gehalten durch die US-Investmentfirmen Carlyle Group und CVC Capital Partners, will durch die E&P International seine Erkundungs- und Förderaktivitäten im Bereich konventioneller Energieträger in der Nordsee, in Nordafrika und Südostasien verstärken.

Wir haben eine klare Verpflichtung gegenüber unseren BürgerInnen, UrlauberInnen, UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen, die allesamt auf den durch ein intaktes Ökosystem möglichen Erholungs- und Lebensraum angewiesen sind. Und wir werden unser schönes, einzigartiges und wertvolles Usedom keinem Risiko aussetzen, das in keinem Verhältnis zu unseren vorhandenen Schätzen steht. Deshalb sagen wir gemeinsam und geschlossen:

Keine Gasförderung auf Usedom – Seeheilbäder statt fragwürdiger Energieträger!